

Solidarisch gesund

Der Verein Poliklinik ist als Stadtteilgesundheitszentrum für alle Menschen da. Besuch an einem utopischen Ort

Es ist ein sonniger Dienstagmorgen im Nordosten Leipzigs. Vor der Eingangstür einer Erdgeschossfläche mit Glasfassade hängen Behelfsmasken überm Rand eines Pappkartons. In der Kiste daneben liegen Nähgarn, Stoff und Bänder. Hinter der Tür, in einem geräumigen, augenscheinlich erst frisch sanierten Eingangsbereich, wartet Marilena Zeller, 30 Jahre, hinter einer Empfangstheke aus Holz. Zellers Raum ist Teil der Poliklinik Leipzig, ein Verein, der mehr Solidarität ins Gesundheitssystem bringen will – indem er außerhalb dessen niedrigschwelligen Medizinservice anbietet.

Zu diesem zählt auch der 27-jährige Jonas Löwenberg, der im Nachbarzimmer, einer Mischung aus Küche, Aufenthalts- und Arbeitsraum, sitzt. Auf dem großen Tisch vor ihm stehen ein Laptop und ein Flachbildschirm, wo links Facebook flimmert, rechts Twitter. In zwei weiteren Räumen stehen Schreibtische, in einem davon auch eine etwas in die Jahre gekommene Behandlungsliege, auf der ein Erste-Hilfe-Rucksack liegt. Hier will die Politgruppe Menschen unabhängig von Einkommen und Status, Herkunft und Geschlecht medizinisch versorgen.

Sind Teil der konkreten medizinischen Utopie: Marilena Zeller und Jonas Löwenberg



FOTO: ANASTASIA NUSINOVA

Zum Verein Poliklinik Leipzig zählen rund 20 aktive Mitglieder. Ihre Hintergründe sind vielfältig: Einige kommen aus klassischen Gesundheitsfeldern wie Medizin und Psychotherapie, andere haben einen sozialberuflichen, geisteswissenschaftlichen oder juristischen Hintergrund. Zeller ist Ergotherapeutin, Löwenberg studiert soziale Arbeit. Was alle vereint: die Ansicht, dass auch Faktoren wie Einkommen, Alter, Geschlecht oder Bildung beeinflussen, wie gesund oder krank man ist. Deswegen haben sie in Schönefeld das »solidarische Gesundheitszentrum« gegründet.

Eigentlich hätten die Räumlichkeiten im März eröffnet werden sollen, was die Corona-Pandemie verhinderte. Man stellte den Besucherverkehr ein, kurz zuvor gestartete Beratungsangebote auf Telefon- und E-Mail-Verkehr um. Kurzerhand richtete die Gruppe ein Nachbarschaftstelefon ein, verfasste Infomaterial über Virus und Rechtslage in acht Sprachen und startete eine Nähaktion, um bedürftige Menschen mit Masken zu versorgen. »Für mich wurde die Enttäuschung über die ausgefallene Eröffnung von einem krassen Aktionismus überschwemmt«, sagt Marilena Zeller.

Mittlerweile ist in der Poliklinik wieder mehr Normalität eingekehrt. Zweimal wöchentlich bietet der Verein Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig hier eine Sprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung an. Ebenfalls im Zweiwochentakt findet eine psychosoziale Beratung statt – etwa für Menschen, die die Wartezeit auf einen Therapieplatz überbrücken müssen. Zudem wurde eine allgemeine Gesundheitsberatung gestartet, in der sich Menschen beispielsweise eine ärztliche Diagnose ausführlicher erklären lassen können – ohne den Zeitdruck, der in Praxen und Krankenhäusern üblicherweise den Takt angebe, so Jonas Löwenberg.

Doch gibt es eigentlich für derlei Angebote Bedarf? »Insbesondere in der Leipziger Gesundheitsversorgung beobachten wir keine Engpässe oder Lücken«, erklärt die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen (KVS) auf *kreuzer*-Anfrage. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts vertritt sie alle im Freistaat zugelassenen Ärzte und Psychotherapeuten. In Leipzig gebe es keine unbesetzten Arztstellen, Patienten könnten auf eine sehr wohnortnahe Versorgung zurückgreifen. Zu Problemen komme es, wenn überhaupt, im ländlichen Raum, berichtet die KVS.

Zeller und Löwenberg leugnen nicht, dass das deutsche Gesundheitssystem grundsätzlich vergleichsweise gut aufgestellt ist. »Versorgungslücken« sehen sie trotzdem, beispielsweise in der Tatsache, dass im Zuge der Pandemie von staatlicher Seite keine Masken bereitgestellt wurden oder dass es zunächst an mehrsprachigen Informationen über die Corona-Schutzverordnungen gefehlt habe.

»Für unsere Maskenaktion haben wir viel Dank erfahren«, sagt Zeller. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen hatten vor allem geflüchtete Frauen eine große Menge Masken genäht. Mehr als 500 Masken hat die Poliklinik insgesamt weiterverteilt. Insbesondere

Geflüchtetenunterkünfte und Pflegeheime haben das Angebot angenommen, aber auch Einzelpersonen. Ebenso wird die psychosoziale Beratung bislang gut nachgefragt. »Es kommen immer Menschen zu den Beratungen«, sagt Löwenberg. Bis zu vier Termine finden alle zwei Wochen statt.

Zur allgemeinen Gesundheitsberatung sei hingegen bisher niemand erschienen. »Nach so wenigen Terminen würde ich nicht sagen, dass das Angebot gescheitert ist«, meint Löwenberg. Er erklärt sich die ausbleibende Nachfrage damit, dass noch nicht genügend Leute von dem Angebot wüssten oder vielleicht noch nicht ganz klar sei, mit welchen Anliegen Menschen in die Beratung kommen könnten. Trotzdem müsse die Gruppe ihre Angebote regelmäßig evaluieren – und in Gesprächen mit Menschen im Stadtteil klären, welche Bedarfe bestehen. Ob die geringe Nachfrage nicht auch ein Indiz dafür sein könnte, dass die Regelversorgung in Praxen und Krankenhäusern ausreichend ist? »Das ist keine Aussage, die ich treffen kann«, entgegnet Löwenberg. »Das können nur die Menschen sagen, die nicht kommen.«

Ohnehin gehe es der Initiative um viel mehr als Lückenschließung. »Wir wollen versuchen, ein neues Konzept von medizinischer Versorgung zu denken, und damit im Idealfall auch andere zum Neudenken anregen«, sagt Zeller. Als von Spenden, Fördermitteln und Mitgliedsbeiträgen finanziertes Projekt will die Gruppe dem aus ihrer Sicht besorgniserregenden Trend der Privatisierung entgegenwirken. Statt Profitinteressen sollen die Bedürfnisse der Patientinnen im Fokus stehen. Auch hierarchische Arbeitsstrukturen wie zwischen ärztlichem Personal und Pflegekräften wollen sie als Gesundheitskollektiv vermeiden. Idealerweise soll das eines Tages in Form eines Einheitslohns Ausdruck finden.

Doch der wohl charakteristischste Ansatz der Poliklinik ist, Menschen nicht nur als erkrankte Personen wahrnehmen zu wollen, sondern miteinzubeziehen, in was für ein System sie eingebunden sind. Was das konkret bedeute? Beim Hamburger Schwesterprojekt klagten Patientinnen bei den behandelnden Ärzten etwa über Schimmelbefall in ihren Wohnungen, berichtet Löwenberg. So bildete die dortige Poliklinik eine Arbeitsgruppe, die mit Betroffenen gemeinsam dafür kämpft, dass die Wohnräume ohne Mieterhöhung saniert werden.

Ganz so weit ist die Leipziger Poliklinik noch nicht. »Bisher ist es vor allem ein Anspruch, den wir konsequent hinter alles stellen wollen«, sagt Zeller. Zumal: Eigene Behandlungen darf die Gruppe vorerst nicht durchführen, denn auch wenn die entsprechenden fachlichen Qualifikationen dafür vorhanden sind, fehlt ein Kassensitz. Längerfristig würde die Gruppe einen solchen gerne beantragen. Auch multiprofessionelle Teamsitzungen, ein ergotherapeutisches Angebot und mehr Vernetzung wünschen sie sich für die Zukunft – nicht nur mit Blick auf das bundesweite Poliklinik-Syndikat, sondern auch mit Schwesterprojekten im Ausland.

Ansprüche und Pläne formulieren ist leicht. Nur, wie viel davon lässt sich wohl wirklich umsetzen? Dass sich ihre Ideen nicht von heute auf morgen realisieren lassen, räumen Zeller und Löwenberg offen ein. Utopisch finden sie ihr Projekt trotzdem nicht. Sie sagen: »Das ist keine Träumerei.«

WELCOME BACK! SPIELZEIT 20/21

AB 17. SEPT
WWW.SCHAUBUEHNE.COM

**SCHAUBÜHNE
LINDENFELS**

**6. ———
13. SEP
2 0 2 0**

LATCHO DIVES
Leipziger
Kulturfestival
der Roma & Sinti

KONZERTE LESUNG
FILM AUSSTELLUNGEN
PODIUMSDISKUSSION

www.latchodives.de